

experte im Bundestag, selber Arzt, Herr Pilsinger von der CDU/CSU-Fraktion, dazu gesagt hat. Er sagte:

„Ich lehne eine allgemeine Einbeziehung von Schwangerschaftsabbrüchen in die ärztliche Aus- und Weiterbildung schon deshalb ab, weil diese Forderung rein ideologischer, nicht fachlicher Natur ist.“

Sie haben also Ihrer eigenen Bundestagsfraktion gerade eben widersprochen, nur weil es wieder einmal darum ging, der AfD ein Schnippchen zu schlagen. Vielleicht müssen Sie sich da in Ihrer Partei noch ein bisschen besser abstimmen.

Denn unter anderem praktizieren das auch andere Bundesländer. Ich nehme an, dass Sie denen auch nicht unbedingt vorwerfen, dass sie AfD-Politik betreiben oder sich gänzlich auf irgendeine Art und Weise in die Vergangenheit begeben. Das ist wieder einmal reiner Populismus – auch auf dem Rücken eines Themas, das wir hier tatsächlich hätten neutral behandeln können, was aber an Ihnen gescheitert ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Von daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/6377. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/6377**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

14 Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4593

Beschlussdrucksache
Drucksache 18/6587

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU der Abgeordnete Ritter das Wort.

Jochen Ritter^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ausgerechnet der FDP, die 2015 die Enquetekommission zur Zukunft des

Handwerks beantragt hat, jetzt, wo wir das Handwerk in diesem Zusammenhang in Verantwortung bringen wollen, als Erstes einfällt, dazu eine dritte Lesung zu beantragen, um sich über Formalien zu unterhalten, finde ich schon etwas skurril.

Auch die SPD lässt sich vor der Landtagswahl im Handwerksblatt mit folgenden Sätzen zitieren:

„Für uns sind Master und Meister ebenbürtige berufsqualifizierende Abschlüsse, die gleichermaßen gesellschaftlichen Respekt und Anerkennung verdienen.“

Aber wenn es jetzt zum Schwur kommt, dann werfen Sie erst einmal eine Handvoll Sand ins Getriebe.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sebastian Watermeier [SPD]: Ach Gott!)

Es gibt mir die Gelegenheit, noch ein paar weitere, bemerkenswerte Gesichtspunkte aus dem Gesetz – so, wie wir es ausgestalten wollen – anzusprechen.

Gestern habe ich weite Teile meiner Rede Angelegenheiten gewidmet, die nicht unbedingt Bauen im engeren Sinne betreffen. Es geht um Energiegewinnung, Mobilfunk und Biodiversität. Das ist wichtig genug, aber selbstverständlich ist das Gesetz auch darauf ausgerichtet, mehr Wohnraum und anderen Raum entstehen zu lassen – sei es durch vereinfachte Nutzungsänderungen, sei es durch Erleichterungen bei der Aufstockung von Gebäuden oder durch mehr Freiheiten hinsichtlich der Ausrichtung der Räume im Gebäude.

Die Digitalisierung des Antragsverfahrens eröffnet zudem weitere Perspektiven. Sie lässt sozusagen als Abfallprodukt Auswertungen der verarbeiteten Daten zu. Vor diesem Hintergrund kann man sich getrost von der bisherigen Berichtspflicht über die Dauer von Baugenehmigungsverfahren verabschieden. Dass nun ausgerechnet die FDP daran festhalten will, ist wiederum bemerkenswert. So heißt es doch in Ihrem Landtagsprogramm, liebe Angela Freimuth:

„Allen voran wollen wir die Melde- und Statistikpflichten radikal reduzieren. Künstliche Intelligenz, Open Data und radikaler Einsatz digitaler Werkzeuge wollen wir dazu nutzen, viele Arbeitsstunden bei kleinen und mittleren Unternehmen überflüssig zu machen.“

Nun geht es hier nicht um Unternehmen, sondern die öffentliche Verwaltung. Aber auch dort sitzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht den ganzen Tag herum und warten auf den Pausengong. Auch da ist Arbeitskraft eine knappe Ressource. Sie sollte eher dazu verwandt werden, die Prozesse zu beschleunigen, anstatt im Nachhinein zu dokumentieren, wie lange es alles in der Vergangenheit gedauert hat.

In eine ähnliche Richtung habe ich gestern die SPD verstanden, die vortrug, die Auslagerung von Nachweisen auf Private werde zu einem Qualitätsverlust

führen. Das war Ihr Vortrag, Herr Watermeier. Wenn man die Durchlaufzeiten verkürzen will, dann ist es durchaus angebracht, von Zeit zu Zeit darauf zu schauen, welche Beiträge zu Verfahren vernünftigerweise von der öffentlichen Hand kommen und welche Private beisteuern können. Pauschal zu unterstellen, die Ergebnisse würden schlechter, wenn sie von Ingenieuren kommen, die nicht vom Staat beschäftigt werden, ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auf beiden Seiten wird ordentlich gearbeitet. Die Kunst ist es, das so auszutarieren, dass Verfahren zügig zu einem guten Ende kommen.

Zu diesem guten Ende komme ich jetzt auch. Ich hoffe, dieses Verfahren ebenfalls. Ich werbe abermals um Zustimmung für das vorliegende Regelwerk. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ritter. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Herr Watermeier.

Sebastian Watermeier (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen Fraktionen! Nun sehen wir uns also früher als von uns gehofft, aber doch sehr erwartbar, schon heute in der dritten Lesung zur Landesbauordnung wieder.

Ich nehme den sicherlich für Sie alle spannendsten Punkt vorweg und kündige an: Die SPD-Fraktion bleibt bei ihrer Ablehnung der Novelle der Landesbauordnung.

(Beifall von der SPD)

An Ihrer Beratungsresistenz, liebe regierungstragende Fraktionen und liebe Frau Ministerin, hat sich so wenig geändert wie an der mangelnden Bereitschaft, die wesentlichen prozessualen Defizite der Novellierung einzugestehen und durch den Druck auf die Pausetaste einmal innezuhalten.

Denn – das will ich deutlich benennen – vor jeder Kamera und vor jedem Mikrofon, verehrte Frau Ministerin, strecken Sie den einen Zeigefinger nach Berlin und heben den anderen an die Lippen. Sie vermitteln die Botschaft, es müsse jetzt Ruhe in das Umfeld rund um den Bau; politisches Hin und Her, Vorschriften oder Zielvorgaben schaden nur. Das gilt so lange, bis die Kamera aus ist und das Mikro stumm wird. Dann werkeln Sie wieder eifrig an einer Veränderung der Landesbauordnung, die längst Selbstbeschäftigung und politischer Tätigkeitsnachweis und nicht politisches Ordnungsinstrument ist.

Denn an der realen Umsetzung besteht in Ihrem Hause – das haben uns die kommunalen Spitzen-

verbände in der Anhörung mehr als deutlich gemacht – gar kein wirkliches Interesse. Ausführungsbestimmungen, Abstimmungen zwischen Ministerien und kommunalen Behörden, Rücksicht auf Schulungs- und Informationsbedarfe der Praktiker – alles Fehl- anzeige.

Wichtig ist ganz offenbar ein „dynamischer Politikan- satz“, wie Herr Klocke den gestern euphemistisch genannt hat. Die Folgen sehen wir in anhaltend schlechten Zahlen für den Neubau in Nordrhein- Westfalen. Ich darf das vielleicht einmal flapsig so sa- gen: Herr Klocke, der dynamische Politikan- satz die- ser Landesregierung funktioniert genauso gut wie mein dynamischer Diätansatz, nämlich gar nicht.

(Beifall von der SPD)

Wer keiner schnellen Versuchung widerstehen kann, der erzielt keine positiven Ergebnisse. Konsequenz täte uns da allen gut, Ihrer wohnungspolitischen Bi- lanz, meiner Linie.

Überhaupt die schnellen Versuchungen: Die Landes- bauordnung strotzt vor kleinen symbolpolitischen Häppchen, die vor allem der Befriedigung des grün- en Koalitionspartners dienen und deren Nutzen wohl überschaubar bleibt. Es sind greifbare Maßnah- men, das soll nicht in Abrede gestellt werden. Ihr tat- sächlicher Wert für das Klima bleibt aber diskutabel.

Nun hat Frau Ministerin Scharrenbach uns gestern jedenfalls wissen lassen, man werde nicht auf eine Harmonisierungsdiskussion zwischen Bund und Ländern warten, sondern bewaffnet mit dem Update der Landesbauordnung in den Austausch gehen und als NRW die Standards setzen, an denen sich an- dere ausrichten würden. Nun gut, den Anspruch kön- nen Sie haben.

Mir drängt sich aktuell allerdings nicht der Eindruck auf, das bevölkerungsreichste Bundesland habe Er- folge im Wohnungsbau vorzuweisen, auf die andere neidisch blicken und die den dynamischen Politikan- satz dieser Landesregierung und ihrer Vorgänger zur Nachahmung empfehlen würden. Vielleicht täte auch hier der ruhigere und partnerschaftlichere Umgang mit dem Bund, dessen Fördermilliarden Sie ja gerne nehmen, um sie dann als Eigenleistung zu preisen, und mit den Länderkolleginnen und -kollegen gut.

Die Eigenwahrnehmung dieser Landesregierung nicht nur im Bereich Bau ist offenbar inzwischen ab- gekoppelt von der Realität. Frau Ministerin, Sie ha- ben gestern festgestellt, dass wir mit Gelsenkirchen eine gemeinsame Leidenschaft haben, die sich aber nicht aufs Fußballerische erstreckt. Wie die Landes- regierung sich aber gegenüber Bund und Ländern in- szeniert – man könnte meinen, das Trainerteam von Schalke 04 will dem FC Bayern Ratschläge geben, wie die durch die Champions League kommen,

(Beifall von der SPD – Thorsten Klute [SPD]: Das würde die Bayern selbstbewusster machen!)

und vernachlässigt darüber das Konditionstraining für den harten Abstiegskampf. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Watermeier. – Für die Grünen spricht der Abgeordnete Röls-Leitmann.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Dritte Lesung für unser Update der Landesbauordnung. Herr Watermeier, Sie haben es heute schon wieder gesagt, gestern haben Sie es auch gesagt: Es ist alles nicht so eilig. Das hat noch ein paar Monate Zeit, man soll doch lieber mal abwarten.

(Zuruf von Sebastian Watermeier [SPD])

Ich finde das bemerkenswert; ich sage Ihnen auch gleich, warum. Wir sollten erst noch einmal darauf gucken, worüber wir hier reden. Was ist Teil dieses Updates? Wir haben eine Solarpflicht, die im Neubau bei Nicht-Wohngebäuden ab dem 01.01.2024 gelten soll, für Wohngebäude ab dem 01.01.2025,

(Sebastian Watermeier [SPD]: Dann könnten Sie es doch nächstes Jahr noch beschließen!)

und, ganz wichtig, auch im Bestand bei Dachsanierungen ab 2026, damit wir endlich den Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt in dicht besiedelten Bereichen hinbekommen, wovon wir in Nordrhein-Westfalen so viele haben.

Es geht weiter mit Regelungen für die Erleichterung des Ausbaus der Fotovoltaik. Wir schaffen die Abstandsflächen ab, damit auch kleinere Dachflächen besser genutzt werden können. Wir schaffen die baurechtlichen Abstände für die Wärmepumpen ab, damit die Wärmewende funktioniert. Wir machen eine Erleichterung bei der nachträglichen Dämmung von Gebäuden, weil auch da die Abstandsflächen wegfallen sollen. Sie sagen: All das ist nicht zeitkritisch, all das hat noch Zeit zu warten.

(Sebastian Watermeier [SPD]: Richtig!)

Es geht weiter: Wir schaffen mehr Platz für die Windenergie mit einer Reduzierung der Abstandsflächen von der Hälfte der größten Höhe auf 30 % der größten Höhe. In Gewerbe- und Industriegebieten wollen wir Unternehmen die Stromproduktion auf dem eigenen Firmengelände noch weiter erleichtern, da sollen es dann 20 % sein.

(Sebastian Watermeier [SPD]: Ja, das kann ein paar Monate warten!)

All das kann Ihrer Meinung nach warten. Wir machen eine Absage an Schottergärten und an Kunstrasenflächen und stärken damit die Hitzeresilienz und auch die Biodiversität. Alles nicht so wichtig, alles nicht zeitkritisch?

Wir erleichtern den Ausbau des Mobilfunknetzes. Insbesondere wird der ländliche Raum davon profitieren. Ich verweise auch auf die Netzabdeckung entlang von Bahnstrecken. Haben Sie bei Ihren Bahnfahrten immer Netz? Ich will, dass es da vorangeht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie sagen: All das hat noch Zeit. Die SPD findet all das nicht zeitkritisch. Gerade im Hinblick auf die Aspekte, die Hemmnisse, die wir für den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dieser Novellierung beiseiteschaffen, fände ich es gut, wenn Sie auch mal in der eigenen Fraktion miteinander reden würden. Wie oft bekomme ich von Herrn Stinka zu hören, es ginge alles nicht schnell genug! Jetzt kommen Sie her und sagen: Das hat jetzt nicht den großen Klimaeffekt. Da müssen wir noch mal drüber reden. Das ist doch keine Frage von Zeit. Warten wir einfach ab, was sich da im Bund ergibt.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, ...

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich finde, Sie sollten sich an der Stelle innerhalb der SPD-Fraktion mal einig werden. Sind Sie jetzt fachbereichsübergreifend dafür, dass wir es mit dem Klimaschutz zeitgerecht noch hinbekommen oder nicht? Reden Sie mal miteinander! Wir von der schwarz-grünen Landesregierung sind da klar. Wir wollen das voranbringen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich möchte jetzt gerne zum Ende kommen, danke schön.

Präsident André Kuper: Okay, alles klar.

Michael Röls-Leitmann (GRÜNE): Ich finde, diese Novellierung der Landesbauordnung kommt genau zur richtigen Zeit mit wichtigen Änderungen für mehr Klimaschutz, mehr Klimaanpassung, für den Schutz und die Stärkung der Biodiversität und für mehr Tempo beim 5G-Ausbau. Diese Novellierung passt in die Zeit. Sie ist zeitkritisch. Deswegen ist es gut,

dass wir sie heute endlich beschließen. Ich freue mich darüber. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht die Abgeordnete Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Freie Demokraten unterstützen Regelungen, die das Bauen erleichtern, beschleunigen und kostengünstiger gestalten.

Die Novelle zur Landesbauordnung kann und wurde kontrovers diskutiert. Zahlreiche Themenkomplexe werden darin in Angriff genommen. Ich habe gestern schon gesagt, es ist nicht alles falsch. Auch wir unterstützen es, Barrieren zur Installation von PV-Anlagen wegzuräumen. Aber mit einer Gängelung der Eigentümer durch Solarpflicht für jedes Haus bar jeder Wirtschaftlichkeit mit massiven finanziellen und bürokratischen Belastungen für Eigentümer und Handel auf Kosten, lieber Kollege Röls-Leitmann, des Brandschutzes bei großen Gebäudekomplexen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie einzelne Elemente mit Ihrem gestrigen Änderungsantrag, den wir hier im Haus mit Ihrer Mehrheit verabschiedet haben, korrigiert haben, bleibt deutlicher Verbesserungsbedarf. Vereinfachung, Entbürokratisierung usw. suchen wir vergeblich.

(Beifall von der FDP)

Im Gegenteil: Mit dem Änderungsantrag wird auch noch mal erweitert. Derjenige, der sein Haus ausbauen und um weitere Stockwerke erweitern will, wird trotz der prekären Lage am Wohnungsmarkt von Schwarz-Grün verpflichtet, einen Aufzug einzubauen. Ob das eine wirklich sinnvolle Maßnahme für schnellen erweiterten Wohnungsbau in unserem Land ist, daran habe ich erhebliche Zweifel.

(Beifall von der FDP)

Ganz im Gegenteil: Es wird langsamer, teurer und komplizierter.

Aber ich will gerne die Frage beantworten, weshalb wir die Rücküberweisung in den Fachausschuss und auch die dritte Lesung beantragt haben. Das ist die Vorgehensweise rund um die Ausweisung der Bauvorlageberechtigung.

Herr Kollege Ritter, es gibt wahrscheinlich keinen Dissens, dass berufserfahrene Handwerksmeister wie Architekten und Bauingenieure behandelt werden und dann im Sinne der Gleichwertigkeit von Master und Meister auch einfache Gebäude planen dürfen. Wahrscheinlich haben wir hier in der Sache keinen Dissens.

Doch wenn Sie mit nur 24 Stunden Vorlauf ohne Anhörung oder Chance auf Anhörung von Expertinnen und Experten oder Beteiligten die Regelungen zu den Voraussetzungen für die Bauvorlageberechtigung nicht hier im Parlament durch eine gesetzliche Grundlage bestimmen wollen, sondern stattdessen der Landesregierung durch die Ermächtigung zu einer Rechtsverordnung einen Blankoscheck für eine Regelung oder eben auch Nichtregelung am Parlament vorbei ausstellen, und das ohne eine förmliche Beteiligung der Beteiligten, dann, lieber Herr Kollege Ritter, ist das nicht richtig und findet auch nicht unsere Zustimmung.

(Beifall von der FDP)

Ich weiß, Sie sind zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes und auch heute Morgen alle vollzählig gewesen, weil Sie Befürchtungen hatten mit Blick auf die Geschäftsordnung unseres Parlaments, die durchaus mit einer gewissen Berechtigung davon ausgeht, dass 72 Stunden vor Beratung die Beratungsgegenstände bekannt sind.

Wir haben uns in diesen ganzen Verfahren immer konstruktiv an diesem Beratungsverfahren beteiligt. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Regeln wir auch die Frage der Bauvorlageberechtigung ordentlich im Baukammergesetz oder auch in irgendeinem anderen Gesetz, was Sie für geeignet halten, aber hier im Parlament und nicht mit einer Ermächtigung zur Rechtsverordnung für die Landesregierung, mit der wir uns dann im Zweifel im Parlament nie wieder befassen müssen! Das trägt dem Anliegen in keiner Weise Rechnung.

Wir reichen Ihnen nochmals die Hand zu einem zügigen, auch konstruktiven Gesetzgebungsverfahren, um diesen Sachverhalt gesetzlich zu regeln. So aber können wir auch in der dritten Lesung Ihrer Bauordnungsnovelle nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Für die AfD ist nun ihr Abgeordneter Herr Wagner dran.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon verrückt. Wir haben eine massive Wohnungsnot im Land. Und was tut die Politik, was machen die Grünen und Hendrik Wüst? Sie verteuern das Bauen und Mieten noch mehr. Die Mieten steigen immer weiter.

Selbst Gutverdiener können kaum noch in den nächst besseren Stadtteil umziehen. Es ist schlicht nicht bezahlbar. Wer heute selbst mit Top-Einkommen ein Haus für seine Familie bauen will – keine Chance, unbezahlbar.

Das hat natürlich Gründe, die in der Politik liegen. Ungezügelt werden beispielsweise immer mehr Millionen meist unberechtigter Ausländer ins Land gelassen. Die Folge für den Wohnungsmarkt ist dabei völlig klar: Immer mehr Nachfrager treffen auf ein kaum vorhandenes Angebot.

Was soll da wohl passieren? Wir alle wissen, Preise, also auch Mietpreise, richten sich immer nach Angebot und Nachfrage, und Ihr Gesetzentwurf sorgt garantiert nicht für mehr Angebot.

Die logische Folge dieser unlogischen Politik: Der finanzielle Druck auf uns Bürger nimmt immer weiter zu, und Sie verschärfen diesen Druck mit Ihrem Gesetzentwurf. Haben daran die Ausländer schuld? Nein, es ist die Politik, die Recht und Gesetz nicht anwendet, die die Grenzen nicht schützt, die Illegale und Kriminelle nicht abschiebt und sie obendrein noch mit Bürgergeld lockt. Und klar, die brauchen dann eine Wohnung.

CDU und Grüne, ebenso wie SPD und FDP, erhöhen also künstlich die Nachfrage und verknappen das Angebot. Zu wessen Lasten? Zu unseren Lasten natürlich, zulasten der einheimischen Deutschen genauso wie zulasten der gut assimilierten Menschen ausländischer Herkunft, die zu uns gehören. Jeder weiß das. Jedem, der eins und eins zusammenzählen kann, ist das klar.

Dasselbe Problem haben Sie alle miteinander auch bei den Nebenkosten verursacht. Die Politik geht gleichzeitig aus Kernkraft, Braunkohle und Steinkohle und günstigem russischen Gas raus; die Zeche zahlen wir über die Warmmiete.

Aber wer denkt, das reicht Schwarz-Grün jetzt, noch schlimmer wollen sie es nicht werden lassen, der hat sich getäuscht. Nun soll es hier auch noch eine Pflicht zum Solardach geben. Die Wälder und Felder voller Windräder bis ran an unsere Häuser und die Stadtbilder voller Solardächer – der grüne Traum von einem landschaftlich schönen Deutschland wird geträumt und verordnet von der CDU.

Dem sogenannten Klimaschutz, den Sie immer wie eine Monstranz vor sich hertragen, hilft das alles kaum. Aber Ideologen geht es ja nicht um Realitäten. Dass die Politik hier den Menschen an ihre Eigentumsrechte geht, spielte schon beim Heizungsgesetz keine Rolle und spielt auch für Sie hier jetzt keine Rolle. Für Sie spielt aber erst recht die Frage keine Rolle, woher Sie die Fachkräfte nehmen wollen, die alle diese Solaranlagen verbauen sollen. Das können Sie nicht beantworten, und diese Frage haben Sie auch nicht beantwortet, weil es diese Fachkräfte schlicht und ergreifend nicht gibt. Obgleich Ihrer Politik der Einwanderung haben Sie diese Fachkräfte auch nach wie vor nicht vor Ort.

Wir Bürger sollen die Ideologie der alten Parteien bezahlen. Das kennt man von den Grünen und mittlerweile auch von der CDU.

Mit Ihrem Gesetzentwurf vereinfachen und vergünstigen Sie nichts. Sie haben das Bauen teurer gemacht und damit zu einer weiteren Verknappung und Verteuerung von Wohnraum beigetragen.

Wenn diese Parteien für uns den Tag der Miet- und Annuitätenüberweisung wieder zum Zahltag machen, bitte schön. Unser Zahltag ist der Wahltag; Sie haben das am 8. Oktober 2023 erlebt. Falls Sie es aus meiner Rede nicht mitbekommen haben, kann Ihnen sagen, dass wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen. – Danke.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Präsident André Kuper: Danke, Herr Wagner. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Landesregierung freut sich, dass heute das zweite Änderungsgesetz zur Bauordnung Nordrhein-Westfalen abgestimmt wird. Damit wird ab dem 1. Januar 2024 mehr Freiheit, Freiraum und Flexibilität für die Bauherrschaften in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden. Darin sehe ich eine rein praktische Politik, der sich die SPD und die FDP offenkundig verweigern. Das nehmen wir natürlich zur Kenntnis.

Im möchte einmal den berühmten Fußballer Lukas Podolski aus Nordrhein-Westfalen zitieren.

(Zuruf von der SPD)

– Das ist ein Kölner.

(Beifall von der FDP)

– Szenenapplaus aus dem Rheinland. –

Lukas Podolski hat einmal gesagt: „Jetzt müssen wir die Köpfe hochkrepeln. Und die Ärmel natürlich auch.“ In der Folge werden wir das zur Abstimmung der Bauordnung heute tun, denn wir werden das eine oder andere noch untergesetzlich regeln müssen.

Frau Abgeordnete Freimuth, ich konnte Ihren Redebeitrag – offen gesagt – nicht in voller Gänze nachvollziehen. § 67 enthält das Materiellrechtliche für die Erteilung der kleinen Bauvorlagen an bestimmte Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister, und die vollziehende Ingenieurkammer-Bau hätte gerne unterlegende Regelungen. Diese Regelungen können wir aber nur schaffen, wenn es dafür eine

Ermächtigung zur Rechtsverordnung gibt. Insofern geht letztendlich überhaupt nichts an Ihnen vorbei.

Außerdem wissen Sie, dass die Bauordnung kein Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz ist. Dafür gibt es das Baukammerngesetz. Das Baukammerngesetz wird deshalb und aufgrund des Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland auch noch geändert werden müssen. Das kennen Sie aber. Insofern ist das nichts, worüber man sich großartig echauffieren müsste.

Im Bau gilt aber erfahrungsgemäß: Schaum und Silikon ersetzen eben keine Präzision. – Das haben wir bei den Beiträgen der Opposition gemerkt.

(Sebastian Watermeier [SPD] zeigt auf seinen Bauch und sagt: Das ist alles echt! Das ist kein Silikon!)

– Herr Abgeordneter, als Sie dargelegt haben, was die Versuche der Herbeiführung einer – mit aller Zurückhaltung von hier vorne formuliert – schlankeren Linie anbelangt, habe ich gesagt, dass man doch etwas sieht. Insofern glaube ich, kommen wir dann doch gut übereinander.

Die Bauordnung, die wir heute auf den Weg bringen, enthält unverändert viel Standardisierung – ich wiederhole das, auch wenn Sie das nicht anerkennen wollen –, weil auf jeder Konferenz der Bauministerinnen und Bauminister die Musterbauordnung geändert wird. Das wird dann in die Länder übersetzt. Diese Landesbauordnung hat deswegen die Übersetzung der letzten Beschlüsse der Bauministerinnen und Bauminister zum Gegenstand.

Des Weiteren greift sie dem vor, was im November beschlossen wird. Das hat den einfachen Grund, dass es keinen Sinn macht, im Januar schon wieder in eine neue Änderung einzutreten, um sich an die Musterbauordnung anzulehnen.

Ich werbe noch einmal bei SPD und FDP für eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Sie können dem Grunde nach guten Gewissens mitstimmen und den Gesetzentwurf der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/D Grünen unterstützen. Damit begleiten Sie die Regelungen für mehr Freiheit, Flexibilität und Investitionsfreude in Nordrhein-Westfalen positiv, sodass das, was Sie hier vortragen, mit praktischer Politik begleitet wird. Am Ende gilt: Sei schlau, mach Bau. – Das geht am besten mit dieser Bauordnung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung, die

sich aus der Beschlussdrucksache 18/6587 ergibt. Hierbei handelt es sich um die Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/D Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Ich frage der Form halber, ob es Enthaltungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 18/4593 in der Fassung der Beschlussdrucksache 18/6587 angenommen und verabschiedet.**

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

15 Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2555

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6557

Beschlussempfehlung
des Wissenschaftsausschusses
Drucksache 18/6175

Ich eröffne die Aussprache, und für die CDU spricht als Erster der Abgeordnete Grunwald.

Jonathan Grunwald (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der CDU-Fraktion ist es ein zentrales Anliegen, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie auch in der Wissenschaft zu verbessern.

(Rodion Bakum [SPD]: Das ist ja was Neues!)

Dies haben wir im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen festgehalten. Alle Ideen und Vorschläge, die hierzu einen signifikanten Beitrag leisten können, nehmen wir daher sehr ernst. Deshalb haben wir im Januar einer Überweisung des Antrags in den Wissenschaftsausschuss zugestimmt und ebenso die Organisation einer Expertenanhörung unterstützt.

Nach dieser bezweifeln wir jedoch, dass die im Antrag skizzierte Verschiebung der Semesterzeiten zwingend eine verbesserte Vereinbarkeit herbeiführen würde. Unser Ziel, und das eint uns, muss es sein, möglichst viel gemeinsame Familienzeit zu ermöglichen.

In der Anhörung wurde jedoch zu Recht darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagene Verschiebung gegebenenfalls zu einer Verbesserung bei den